



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin & Sprecherin für Rechtspolitik
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Reisebericht

Delegationsreise des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung nach Moskau vom 24. bis 27. Oktober 2016

Übersicht über geführte Gespräche

Montag:

Abendessen beim Botschafter mit den politischen Stiftungen und 4 Repräsentanten der Zivilgesellschaft

Dienstag:

Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses und zwei weiteren Abgeordneten in der Duma;
Gespräch mit Ruslan Puchow, Direktor eines sicherheitspolitischen Instituts (CAST) und Vertreter der russischen Rüstungsindustrie;
Empfang beim Gesandten Meitzner mit der IPS Auswahlkommission

Mittwoch:

Besuch bei der deutschen Außenhandelskammer und Gespräche mit Sebastian Kiefer, AHK und fünf Vertretern von Wirtschaftsunternehmen (Symrise, Schattdecor, Commerzbank, Siemens, GTAI);
Besuch bei IMEMO (Institut für Sicherheitspolitik und Weltwirtschaft) und Gespräch mit dem Direktor Alexei Arbatow;
Abendessen mit dem deutschen Militärattaché General Schwalb, Herrn Ewgeni Buschinski (PIR Center) und Andrei Sagorski (Deep Cuts Commission).

Zivilgesellschaft:

Wir sprechen mit einer Arbeitsrechtlerin, einem Vertreter eines Wirtschaftsinstituts, einem Vertreter von Memorial (Menschenrechtsorganisation) und einem Vertreter studentischer Rechtsberatungsstellen.
Bis auf das studentische Beratungsnetzwerk mussten sich alle drei anderen als ausländische Agenten registrieren lassen.
Die ArbeitnehmerInnen leiden alle an sinkenden Einkommen. Besonders prekär ist die Lage im öffentlichen Dienst. Vertragskürzungen sind jederzeit legal zuläs-

sig und der Zugang zum Rechtssystem funktioniert auch nicht. Es besteht Anwaltszwang auch für Klagen in Arbeitssachen. Die Gewerkschaften schließen den Bedarf längst nicht. In ganz Russland gibt es gerade einmal 1500 Rechtssekretäre. Die größte Gewerkschaft mit 20 Millionen Mitgliedern vertritt nicht wirklich die Interessen des Prekariats.

Der Wirtschaftsanalyst gibt uns einen Rückblick: bis 2008 hat es kontinuierlich Verbesserungen für die Mittelschicht gegeben bevor es dann stagnierte. Die echte Krise kam erst 2014 mit dem Absturz des Rubels. Jetzt ist eine Austeritätspolitik geplant, die er mit der von Griechenland vergleicht. Allein im Gesundheitswesen, das jetzt schon nicht mehr in der Lage ist, die Grundversorgung sicher zu stellen, sind Kürzungen um 30 % geplant. Dabei hat Russland inzwischen die zweitgrößte Aidsinfektionsrate der Welt. Ähnliches gilt bei der Tuberkulose. Die Politik der EU werde als Drohung mit Verarmung wahrgenommen.

Die Unterstützung für Putin sei zwar breit, aber fragil. Die Menschen machen ihn derzeit noch nicht für die von ihnen kritisierte Politik der Regierung und des Premiers verantwortlich.

Der Vertreter von Memorial berichtet über die Arbeit an Archiven und Datenbanken zum Thema Ostarbeiter und der staatlichen Verbrechen in den russischen Straflagern (Gulags). Die Verbrechen an den zurück gekehrten Zwangsarbeitern seien nach wie vor ein Tabuthema.

Hinsichtlich der Medienlandschaft bleibt umstritten, ob wenigstens der öffentliche Sender noch objektive Berichterstattung bietet.

Wir werden darauf hingewiesen, dass auch in Moskau, wo über das Netz ein breiter Zugang auch zu westlichen Medien besteht, dies nichts an der Unterstützung der Krim-Annexion in der Bevölkerung geändert hat.

Wirtschaftslage:

In der Außenhandelskammer sind 814 von ca. 5.600 deutschen Unternehmen in Russland Mitglieder.

Die meisten Mitglieder sind erwartungsgemäß für eine sofortige oder eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen, weil sie keinerlei Wirkung zeigen würden.

Unsere Gesprächspartner relativieren allerdings auch die Bedeutung dieser Frage für die Wirtschaft. Am nachteiligsten wirkten sich nach wie vor die strukturellen Probleme und die mangelnde Planbarkeit aus. Im Verhältnis zu den Sanktionswirkungen wird dieser Faktor mit 95%:5 gewichtet.

Mit einer Staatsquote von 70 % könne man immer noch von einer Planwirtschaft sprechen. Die Staatskonzerne sind extrem unbeweglich. Veraltete Regulierungen verursachten zudem enormen Bürokratieaufwand.

Die Abhängigkeit vom Öl- und Gaspreis hatte in den Jahren bis 2013 noch weiter zugenommen, so dass der Preisverfall in der zweiten Jahreshälfte 2013 nicht kompensiert werden konnte.

Als dann 2014 auch noch der Rubel abstürzte, verursachte dies eine doppelte Krise.

Geld sei zwar eigentlich noch da – würde aber bei den Banken liegen und nicht dem Wirtschaftskreislauf zugeführt. Da das Investitionsrisiko so hoch sei, läge auch der Leitzinssatz immer noch bei 13 %!

Die russischen Gegensanktionen in der Landwirtschaft konnten trotz entsprechender Förderung durch ein Industriegesetz keine Importsubstitution bewirken. Es entstehen dadurch zwar riesige Milchvieh- und Schweinemastanlagen. Die bäuerliche Landwirtschaft kann allerdings aufgrund gestiegener Kosten für Saatgut, Dünger und Zinsen nicht mithalten. Sie profitiert nicht von der gestiegenen Nachfrage.

Sicherheitspolitik/Abrüstung

Insgesamt beginnen die Gespräche meist mit einem emotionalen vorwurfsvollen Teil, bevor dann im weiteren Verlauf ein ruhiger und sachlicher Austausch möglich ist.

Vom KSE-Vertrag (Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa) will Putin nichts mehr hören – dieser Vertrag sei quasi tot seit die Ratifizierung des Anpassungsvertrages 2008 im Zusammenhang mit der Georgien-Krise von der NATO verweigert wurde.

Hinsichtlich der Überarbeitung des Wiener Dokuments gibt es durchaus positive Reaktionen auf Steinmeiers jüngsten Vorschläge.

Der Vertrag über die Plutoniumvernichtung wurde von Russland aufgekündigt, nachdem ihn die USA ihrerseits aus technischen Gründen nicht getreu des Wortlautes umgesetzt haben.

Von den Abgeordneten hören wir die offizielle Linie zur Ukraine: der unrechtmäßige Machtwechsel dort sei mit Milliarden von US Dollar finanziert worden. Da hätte man keine andere Wahl gehabt als einzugreifen. Bemerkenswert ist dabei allenfalls, dass ein Eingreifen Russlands gar nicht mehr geleugnet wird.

Was Syrien betrifft, handele es sich um antirussische Hysterie. Nach der Ermordung von Saddam Hussein 2003 und von Gaddafi 2011 gelte es nunmehr eine weitere Katastrophe zu verhindern.

Ansonsten fällt noch auf, dass sich der Vertreter der Opposition, der sogenannten liberal demokratischen Partei, durch besonders radikale Äußerungen von dem Mehrheitsvertreter unterscheidet.

Das Gespräch mit Puhov beginnt überraschenderweise damit, dass er meine Position zur Rüstungsexportkontrolle anspricht und betont, dass er sich Menschenrechte eben nicht leisten könne, wenn er sein Institut und seine Familie finanzieren müsse. Ich bekomme seine Visitenkarte als „Russian Armourers Union“, während die andern Kollegen die Visitenkarte seines Instituts für strategische Studien erhalten.

Trotz dieses etwas robusten Starts ist es am Ende eines der ergiebigsten Gespräche unserer Reise.

Er führt uns nochmal vor Augen, wie unterschiedlich die Wahrnehmung der letzten 20 Jahre ist, indem er uns die Jahre 92/93 als traumatisches Erleben aus russischer Sicht schildert. Im Oktober 1993 habe er gedacht, der Staat ginge unter und der Bürgerkrieg stehe vor der Tür.

Zu Syrien hören wir von ihm, dass Putin kein Freund von Assad sei. Putin betrachte den säkularen Diktator schlicht als das kleinere Übel zu den Islamisten und die Unterstützung für Assad sei daher rein pragmatisch zu betrachten.

Er macht uns darauf aufmerksam, dass die russischen Spezialkräfte, die in der Ukraine und in Syrien operieren, ursprünglich von Franzosen und Amerikanern ausgebildet worden seien.

Mit Alexei Arbatow sprechen wir in seinem Büro des Instituts für Sicherheitspolitik und Weltwirtschaft IMEMO.

Er beschäftigt sich schon seit sowjetischen Zeiten mit Sicherheitspolitik und war auch Abgeordneter der Duma von 1993 bis 2003.

Es sei noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen, dass Russland und die NATO sich heute wieder derart kriegerisch gegenüber stehen. Es sei dringend nötig über konventionelle Abrüstung zu sprechen, um zu retten was noch zu retten sei. Die nukleare Frage könne erst im nächsten Schritt angegangen werden.

Er bezieht sich mehrfach auf einen Vertrag von 1972, der sich auf Mindestabstände von Flugzeugen und Schiffen beziehe.

Die Flugzeuge beider Seiten würden die Transponder regelmäßig ausschalten, was gegen diesen Vertrag verstoße. Die russische Seite habe im November 2015 einen Vorschlag gemacht, der allerdings von der NATO zurückgewiesen wurde, mit der Begründung man könne nicht auf Arbeitsebene verhandeln, solange die Ukrainekrise nicht beendet sei.

Der Vorgang wird uns auch von deutscher Seite bestätigt. Es gibt dazu einen einstimmigen NATO Beschluss, der Gespräche auf militärischer Ebene solange ausschließt. In Anbetracht der gefährlichen Zuspitzung erscheint mir eine solche Verweigerungshaltung äußerst problematisch.

Bei der nuklearen Abrüstung sei die Raketenabwehr der NATO das größte Problem und die Kritik Russlands daran berechtigt. Allerdings glaube er selbst nicht, dass diese eine reale Bedrohung für Russland darstelle.

Streitig ist zwischen Experten die Frage, ob die Raketenabwehr auch, wie von Russland behauptet, für Angriffssysteme, wie Tomahawk, nutzbar sind. Dann wäre die Stationierung in Rumänien ein Verstoß gegen den INF-Vertrag. Arbatow hielte es für sinnvoll, die NATO würde Russland Inspektionen der Raketenabwehr ermöglichen, um die Lage zu entschärfen.

Sollten die Iskander Raketen in Kaliningrad eine Reichweite von mehr als 500 km haben, sei dies ebenfalls ein Verstoß gegen den INF-Vertrag.

Aber auch über die Neutralisierung von Kurzstreckenraketen (taktische Atomwaffen) müsse irgendwann mal verhandelt werden.

Er bedauert, dass die russische Regierung nukleare Abrüstung nicht mehr als Wert an sich betrachtet. Das sei zu Zeiten der Sowjetunion anders gewesen.

Unser letztes Gespräch führen wir mit mit Buzhinsky, einem ehemaligen Offizier der Streitkräfte, der heute Vorsitzender eines regierungsnahen Think Tanks ist.

Er hält die Eskalationsgefahr heute für größer als im Kalten Krieg, besonders was die Situation in Syrien betrifft. Die Vorstellung, Russland durch Sanktionen zu isolieren, funktioniere schon deshalb nicht, weil Russland einfach zu groß sei und zu viele unmittelbare Nachbarn habe.

Die Ängste der Balten seien völlig irrational. Russland habe keinerlei Interesse daran, die baltischen Staaten anzugreifen.

Assad sei das kleinere Übel zu den Islamisten und habe nach wie vor große Unterstützung in der Bevölkerung.

Die Amerikaner würden inzwischen alles ablehnen, was von russischer Seite vorgeschlagen werde.

Der Angriff auf einen humanitären Konvoi sei ganz offensichtlich vom Boden aus erfolgt – das zeige auch ein Video der UN, das im Internet zu finden sei. Die syrische Luftwaffe könne es ohnehin nicht gewesen sein, da sie gar nicht in der Lage sei, nachts zu operieren.

Der Angriff sei eine klare Provokation von denen gewesen, die schlicht keinen Waffenstillstand wollten.

(Ich wundere mich inzwischen, warum von russischer Seite kein Wort zu dem versehentlichen Angriff der Amerikaner auf die syrische Armee mit 90 Toten erfolgt, der ja ein direkter Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen gewesen war.)

Zur Türkei befragt: die Türken seien nicht auf russische Hilfe angewiesen gegen die Kurden. Politisch unterstütze Russland die Türkei dabei, ein einheitliches Syrien zu erhalten.